

# Neue Hoffnung für Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen

Gemeinde- und Städtebund und rot-rot-grüne Koalition wollen erneuten Anlauf wagen, um jahrelangen Streit beizulegen

14. Mai 2018 / 07:12 Uhr Thüringer Allgemeine

Erfurt. Egal wer in Thüringen die Landesregierung stellte, Straßenausbaubeiträge wurden stets zur Bewährungsprobe. In der vergangenen Legislaturperiode lehnte die CDU-geführte Koalition mit der SPD die lange geforderte Abschaffung ab. Die oppositionellen Linken und Grünen indes reichten im September 2010 gemeinsam einen Gesetzentwurf ein, der sich an den Vorstellungen der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben orientierte und eine Infrastrukturabgabe vorsah. Doch weil die Mehrheitsverhältnisse eben so waren, blieb ihre Initiative erfolglos.

Im Wahlkampf 2014 wurde viel versprochen und mit Rot-Rot-Grün wähten sich viele endlich auf einem guten Weg, die ungeliebten Beiträge kippen zu können. Doch die SPD sträubte sich erfolgreich. Und so wurde im vergangenen Jahr ein Kompromissgesetz verabschiedet, das es solventen Kommunen erlaubt, darauf zu verzichten, die Bürger für die Sanierung oder den Bau von Straßen (sogar rückwirkend) zur Kasse zu bitten. Die Voraussetzung: Die Kommunen dürfen drei Jahre zuvor keine besonderen Zuweisungen vom Land erhalten haben.

Doch das als Befreiungsschlag gedachte Paragrafenwerk stößt weiterhin auf Widerstand. Der Gemeinde- und Städtebund lässt gerade rechtlich prüfen, ob es für die Kommunen möglich ist, dagegen zu klagen. „Wir halten das Gesetz für juristisch nicht in Ordnung. Es wird zu mehr Ungerechtigkeit führen“, sagt Verbandsgeschäftsführer Ralf Rusch im Gespräch mit dieser Zeitung. Wenn eine Kommune in einem Jahr auf Beiträge verzichte, weil es der Haushalt zulasse, im zweiten Bauabschnitt der gleichen Straße, aber die dann betroffenen Anlieger zur Kasse bitten müsse, weil vielleicht die Gewerbesteuer eingebrochen sei, sei der Ärger programmiert. De facto könne es sich ein Bürgermeister gar nicht mehr leisten, Beiträge zu erheben, wenn er sich nicht den Unmut der Menschen zuziehen wolle. Der Gemeindebund setzt nun auf die Gespräche mit der Koalition.

Dort gibt man sich aufgeschlossen. Linke-Kommunalexperte Frank Kuschel begrüßt den sich anbahnenden Dialog. „Eine Entscheidung gegen die Kommunen halte ich in dieser Frage zum jetzigen Zeitpunkt für ausgeschlossen“, betont er.

Grünen-Fraktionschef Dirk Adams sagt, er sei „froh, dass jetzt undogmatisch diskutiert werden kann“. Er würde sich wünschen, dass noch in dieser Wahlperiode eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gelingt.

Das gilt ebenso für die SPD-Abgeordnete Claudia Scheerschmidt. Die jetzt im Gesetz verankerte Ermessensfrage, räumt sie für ihre Partei selbstkritisch ein, habe nicht den erwarteten Effekt gebracht. „Man hat jetzt eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Aber hinterher ist man immer schlauer“, sagt Scheerschmidt. Sie warnt aber zugleich ausdrücklich davor, etwas übers Knie zu brechen. Immerhin sei der Doppelhaushalt beschlossen. „Ich war 18 Jahre Bürgermeisterin und halte nichts davon, bei den Menschen Hoffnungen zu wecken und dann festzustellen, dass es nicht funktioniert.“

Größter Knackpunkt dabei: die Finanzierung. „Unterstellt man die bisherigen jährlichen Einnahmen der Thüringer Kommunen aus den Straßenausbaubeiträgen, die sich auf etwa 15 Millionen Euro belaufen, und unterstellt auch, dass die Kommunen Verwaltungskosten bei der gesetzlichen Beitragsabschaffung sparen, ist die Größenordnung der finanziellen Auswirkungen abschätzbar“, meint Kuschel. Allerdings forderten einzelne Kommunen mit Verweis auf einen bestehenden Investitionsstau höhere Erstattungen des Landes.

Die CDU zweifelt daran, dass angesichts der Komplexität des Themas, das angerichtete Durcheinander durch eine Abschaffung der Beiträge einfach so aus der Welt zu schaffen ist. „Die Ramelow-Regierung ist mit dem vollmundigen Versprechen kläglich gescheitert, die Straßenbeiträge rückwirkend abzuschaffen. Mit dem stattdessen verabschiedeten Gesetz hat Rot-Rot-Grün für massive Verunsicherung bei Bürgern und Kommunalpolitikern gesorgt“, poltert Fraktionssprecher Karl-Eckhard Hahn.

Dennoch: Die Zeit für Veränderungen scheint günstig wie selten. Auch in den Nachbarländern gibt bei dem strittigen Thema Bewegung. Bayern will voraussichtlich ab 2020 auf Straßenbeiträge verzichten. In Hessen könnten auch klamme Kommunen vom Beitragszwang befreit werden.

Die Alternative für Deutschland hatte mit ihrem Gesetzentwurf zur Aufhebung der Straßenausbaubeiträge während der vergangenen Landtagssitzung im April einen neuen Impuls gesetzt, war jedoch am vereinten Widerstand im Plenum gescheitert. „Es ist der Erfolg der AfD-Fraktion, dass der jahrelange Stillstand bei den Straßenausbaubeiträgen beendet ist“, zeigt sich Parlamentarier Jörg Henke gleichwohl überzeugt. Aus „parteilichter Taktiererei“ hätten Rot-Rot-Grün und CDU den Entwurf abgelehnt und damit gegen eine schnelle Entlastung der Betroffenen gestimmt.

Beim Gemeinde- und Städtebund sieht man das etwas differenzierter. Der AfD-Antrag habe zwar neue Bewegung gebracht, sei aber fachlich nicht ausreichend untersetzt gewesen, sagt Geschäftsführer Rusch. „Wir brauchen eine Kosten-Folgen-Abschätzung.“

Elmar Otto / 14.05.18

## **Rot-Rot-Grün will nun doch Straßenbeiträge abschaffen**

Gespräche mit Kommunen noch in diesem Monat geplant – Weiterer Zeitplan ungewiss

14. Mai 2018 / 04:18 Uhr Thüringer Landeszeitung

Erfurt. Rot-Rot-Grün in Thüringen kann sich nun doch vorstellen, Straßenausbaubeiträge endgültig abzuschaffen. „Die Koalition hat sich bereits verständigt und wird hier das Gesprächsangebot des Gemeinde- und Städtebundes aufgreifen“, sagte Linken-Kommunalexperte Frank Kuschel im TLZ-Gespräch. Er würde es begrüßen, wenn es in dieser Legislatur noch zu einer Einigung komme, sagte Grünen-Fraktionschef Dirk Adams. „Die große Frage aber bleibt: Wie finanzieren wir das?“ Sie sei grundsätzlich dafür, signalisierte auch die SPD-Abgeordnete Claudia Scheerschmidt, allerdings sollte nichts voreilig versprochen werden.

Der Gemeinde- und Städtebund hatte sich jüngst gegen Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. „Die aktuelle Regelung verstößt aus unserer Sicht gegen den Gleichheitsgrundsatz“, sagte Verbandsgeschäftsführer Ralf Rusch der TLZ. Ein Gutachter solle klären, ob die Kommunen berechtigt sind, gegen das Gesetz zu klagen. Parallel dazu werde man sich mit den Regierungskoalitionen zusammensetzen. „Ich gehe davon aus, dass wir noch in diesem Monat reden werden“, so Rusch.

Erst im Mai 2017 hatte Thüringen die Straßenausbeiträge neu geregelt. Deshalb können ab 2019 wirtschaftlich solide Gemeinden auf die Erhebung verzichten. Damit entfällt der gesetzliche Beitragszwang, der seit Jahren für Proteste sorgte. Derzeit müssen Kommunen Grundstückseigentümer rückwirkend bis zu 20 Jahre an den Straßenausbaubaukosten beteiligen.

Die Linke hatte sich mit ihrer Forderung der Abschaffung in der Koalition nicht durchsetzen können und musste sich von der Opposition vorwerfen lassen, ein Wahlversprechen gebrochen zu haben.

## **Teure Versprechen: Straßenbeiträge bleiben ewiger Zankapfel**

Ein Kommentar von Elmar Otto.

14. Mai 2018 / 04:15 Uhr

Die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben in Thüringen hat bereits angedeutet, wohin die Reise gehen könnte. Man werde als Sprachrohr Tausender Grundstückeigentümer, hieß es, Wahlempfehlungen aussprechen. Und Parteien, die sich glaubhaft für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einsetzten, würden bei der Landtagswahl 2019 zu den Gewinnern zählen.

Die unverhohlene Drohung zeigt jetzt Wirkung. Hinzu kommt, dass der mächtige Gemeinde- und Städtebund mit dem von Rot-Rot-Grün verabschiedeten Gesetz unzufrieden ist. Es wird befürchtet, dass durch die ab 2019 gültige Kann-Bestimmung die Ungerechtigkeit in den Kommunen zunimmt und die Bürgermeister alles ausbaden müssen, während sich das Land vornehm raushält.

Gibt es also nicht doch eine Möglichkeit, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen?

Natürlich gibt es die, lautet die Antwort. Nur fordern die Kommunen, die Beiträge erhoben haben, dann einen Ausgleich ihrer Einnahmeausfälle. Das wären, heißt es bei der Linken, etwa 15 Millionen Euro pro Jahr. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die kommunale Neigung, Straßen zu sanieren, mit einer sicheren Landesförderung zunimmt.

Und was Wahlversprechen kosten können, zeigt das Wasser-Geschenk von 2004. Es sicherte der CDU zwar damals die absolute Mehrheit, aber die Belastung für den Steuerzahler addiert sich über Jahrzehnte auf mit weit mehr als eine Milliarde Euro.

Das sollte Rot-Rot-Grün im Hinterkopf haben, um keiner falschen Versuchung zu erliegen.